

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzende Ursula Aljets
Ausschussmitglied Sabine Gastmann
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Reese
Ausschussmitglied Angelika Thwin

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Ursula Biester
Ausschussmitglied Stephan Hellwig
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Hans-Joachim Jasny

Mitglied Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen/Westerman

Ausschussmitglied Gerold Tholen
Ausschussmitglied Claus-Dieter Westerman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Grundmandat Erika Lach

Mitglied "Die Linke"

beratende Stimme Johann Janssen

Sozialverband Deutschlands e. V.

beratendes Mitglied Hans-Peter de Vries

Mitglied des Seniorenbeirates

beratendes Mitglied Manfred Kaluza

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes
beratendes Mitglied Joachim Stasch

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 53 Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

Protokollführerin

Protokollführerin Susanne Bödeker

von der Verwaltung

Abteilungsleitung 50 Peter Albers

Gäste im öffentlicher Teil

1. Bürgermeister Fritz Langen
Arge-MitarbeiterInnen
1 Pressevertreterin

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 14.09.2010
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Künftige Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II ab 01.01.2011 **287/2010**
- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
- 5.1 Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende Besuchsdienst Altenhilfe / **185/2010**
Herr Fromm
- 5.2 Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende Besuchsdienst Altenhilfe / **197/2010**
Frau Schulze
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Sachstand zum Senioren-Service-Büro
- 6.2 Vergabe der Mittel der Käthe-Hauptmann-Stiftung (s. Anlage)
- 6.3 Produktberichte der Fachbereiche 50 und 53 nach dem Stand vom 31.10.2010 (s. Anlage)
- 6.4 Bürgerarbeit
- 6.5 Einladung
- 6.6 Termine

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Frau Aljets, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 14.09.2010

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 14.09.2010 wird genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Künftige Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II ab 01.01.2011 **287/2010**

Herr Stoffers informierte über den aktuellen Sachstand.

Für die künftige Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II nenne das Gesetz zwei Alternativen:

- die gemeinsame Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft aus Kommune und der Agentur für Arbeit als jeweilige Träger
- die Option (sog. zugelassener kommunaler Träger).

In Wilhelmshaven werde ab 01.01.2011 eine gemeinsame Einrichtung angestrebt. Hintergrund dafür seien 3 Überlegungen:

1. Man habe seit 5 Jahren mit der Kooperation zwischen Agentur für Arbeit und Stadt Wilhelmshaven im Job-Center Erfahrungen gemacht. Diese würden positiv bewertet, so dass weiterhin eine Zusammenarbeit auf sachlicher Ebene angestrebt werde.
2. Das Optionsmodell würde überwiegend von Landkreisen gewählt; kreisfreie Städte dagegen bevorzugen die gemeinsame Einrichtung.
3. Die Kommunen legten Wert darauf, dass sie selbst erhebliches Gewicht in der Arbeitsgemeinschaft haben und dass die kommunale Handschrift sichtbar bleibe. In Wilhelmshaven gehe man mit der GAQ für unter 25-Jährige einen Sonderweg, der auch als Schnittstelle zum Jugendamt sehr sinnvoll sei und sich bewährt habe.

Die Agentur für Arbeit würde aufgrund der gemachten Erfahrungen den Fortbestand der GAQ ebenfalls mittragen.

Herr Stoffers erläuterte die wichtigsten Punkte der Vorlage/Begründung, über die im Anschluss diskutiert wurde:

Trägerversammlung

Herr Tholen fragte an, ob die im hiesigen Ausschuss gefassten Beschlüsse für die Trägerversammlung bindend seien.

Herr Stoffers antwortete, dass der Ausschuss grundsätzlich beratende Funktion

bzw. vorbereitenden Charakter habe, die Beschlüsse aber einen - rechtlich unverbindlichen - Auftrag für die städtischen Vertreter in der Trägerversammlung darstellten.

Herr Möhle forderte in der ersten Phase nach Neuordnung des Job-Centers einen ständigen Tagesordnungspunkt „Bericht Trägerversammlung“ im Sozial- und Gesundheitsausschuss; diese permanente Sachstandsmitteilung in jeder Sitzung des Ausschusses könne natürlich je nach Bedarf auch wieder reduziert werden.

Herr Stoffers sagte diese Verfahrensweise zu.

Geschäftsführung

Herr Stoffers erklärte, dass es nach Auskunft der BA bezüglich der Besetzung der Geschäftsführer-Stelle eine Ausschreibung geben müsse, so dass ein Wechsel des Geschäftsführers grundsätzlich möglich sei. Der bisherige Stelleninhaber werde sich jedoch auch bewerben, was die Stadt begrüße.

GAQ

Herr Stoffers machte deutlich, dass die GAQ ihre Eigenständigkeit behalten solle. Es sei aber angedacht, zur Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit einen Umzug in der Herderstraße zum Job-Center vorzunehmen.

Frau Gastmann beurteilte die Unterbringung unter einem Dach negativ: Sie befürchte eine Vermischung des Personals Job-Center/GAQ und der Interessenlagen. Die Aufgabenstellung sei dann u.U. nicht mehr klar trennbar. Für die Jugendlichen sei eine eigene Anlaufstelle sehr wichtig.

Frau Gastmann stellte zu diesem Punkt folgenden Antrag:

Der Punkt 2. der Vorlagenbegründung zur GAQ

„Es wird angestrebt, dass die GAQ ihren Sitz ebenfalls in die Herderstraße 10 verlegt“

wird gestrichen.

Herr Möhle und Herr Hellwig erklärten, dass es zu einem förderlichen Austausch kommen könne, was positiv zu bewerten sei. Man solle die kurzen Dienstwege und Synergien nutzen.

Frau Biester ergänzte, dass durch Anbindung der GAQ in der Herderstraße ein Hin- und Herschicken der KundInnen verhindert werden könne.

Frau Meyer-Machtemes sprach sich für die Beibehaltung des Standortes im Totenweg aus. Positiv sei es, wenn man die Bereiche Markt, Integration und Leistung für die unter 25-jährigen Personen insgesamt bei der GAQ ansiedeln könnte – was eine schwierige Verhandlungsposition für die Verwaltung darstelle. Die Diakonie erkenne die gute Arbeit der GAQ an.

Frau Aljets sprach sich für die Stärkung der kommunalen Seite in Form einer eigenständigen GAQ aus – was in der größeren Behörde u.U. nicht so klar zum Ausdruck komme.

Herr Stoffers stimmte zu, dass die Zusammenführung von Markt und Integration mit der Leistungsabteilung für unter 25-Jährige auch von der Stadt gewünscht sei. Auch die Geschäftsführung der GAQ sehe Vorteile bei einem Umzug der GAQ in die Herderstraße, insbesondere wenn sie auch mit dem Thema „Leistungsgewährung“ beauftragt werde.

Herr Stoffers ging davon aus, dass bei einem Verbleib im Totenweg die

Leistungsabteilung im Jobcenter verbleibe, bei einem Umzug die Zusammenführung mit der Leistungsabteilung jedoch als Verhandlungsbasis dienen könne.

Herr Stoffers möchte der Verwaltung die Option aus beiden Möglichkeiten für die Verhandlung erhalten. Die Verwaltung solle daher ermächtigt werden, auf Basis des formulierten Verhandlungszieles in die Verhandlung zu treten. Der endgültige Vertrag könne im Übrigen dem Ausschuss dann zur Kenntnis gegeben werden.

Abstimmung über den neu formulierten Antrag von Frau Gastmann:

„Die GAQ behält ihren Sitz am Totenweg.“

5 Zustimmungen : 4 Ablehnungen

mehrheitlich zugestimmt

Örtlicher Beirat

Auf Frage von Herrn Janssen informierte Herr Stoffers, dass die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände ihre Vertreter selbst entsenden, ansonsten würden die Vertreter über die jeweilige Organisation gewählt.

Arbeitgeber-Service (AG-S)

Herr Stoffers teilte die Auffassung von Herrn Reese, dass der Eindruck entstehe, mehr SGB III – als SGB II -KundInnen würden, gemessen an der zahlenmäßigen Bedeutung, gefördert.

Hier müssten durch die Trägerversammlung klare Zielvorgaben formuliert werden, um eine Verbesserung herbeizuführen.

Herr Reese stellte zu diesem Punkt folgenden Antrag:

„Der Arbeitgeber-Service (AG-S) soll eine stärkere Ausrichtung als bisher auf die Vermittlung von ALG II -EmpfängerInnen haben. Dabei ist den speziellen Herausforderungen in diesem Bereich Rechnung zu tragen. Neue Wege der Arbeitsvermittlung werden vom Jobcenter unter Einbeziehung der Arbeitsvermittler/ Integrationsfachkräfte entwickelt und erprobt“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Telefonie

Herr Möhle stellte zu diesem Punkt folgenden Antrag:

„Die Dienste des Call-Centers sollten nicht weiter in Anspruch genommen werden. Ein direkter Kontakt mit dem/der SachbearbeiterIn sollte ermöglicht werden. Das ermöglicht „Kundennähe“ und Effizienzsteigerung.“

Herr Stoffers verdeutlichte, dass erst eine Wirtschaftlichkeitsberechnung notwendig sei, da durch eine Kündigung des Call-Centers Mehrarbeit auf die MitarbeiterInnen zukäme. Man müsse erst prüfen, wie effizient die Arbeit des Call-Centers sei. Herr Stoffers schlug deshalb vor, dass der Geschäftsführer des Job-Centers in der Januar-Sitzung einen Bericht zur Effektivität/Wirtschaftlichkeit des Call-Centers vorlegt und erläutert, um anschließend die Situation besser bewerten zu können. Bis zum 01.01.2011 sei außerdem eine Umstrukturierung zeitlich nicht mehr möglich.

Der Ausschuss stimmte diesem Vorschlag zu.

Dienstleistungen

Frau Aljets ergänzte, dass es sich um Aufgaben wie z.B. den ärztlichen Dienst handle.

Neu sei die Regelung, dass der Rentenversicherungsträger bei Streitigkeiten das entscheidende Gutachten erstelle.

Widerspruchsangelegenheiten

Herr Möhle stellte zu diesem Punkt folgenden Antrag:

„Es soll als Verbesserung des Anhörungsrechtes auch die Möglichkeit einer mündlichen Anhörung in Erwägung gezogen werden. Dies würde mit Sicherheit einige Klagen bei den Sozialgerichten im Vorfeld überflüssig machen und dadurch erhebliche finanzielle Kosten auf Seiten des Job-Centers sparen.“

Abstimmung: mit einer Enthaltung zugestimmt

Herr Möhle stellte zusätzlich zu den in der Begründung aufgeführten Punkte folgenden Antrag:

„Dem Sozialausschuss werden künftig alle Controllingdaten zur Verfügung gestellt, um ggf. Steuerungsmechanismen zu verbessern.

Ziel: Qualitätssteigerung der Widerspruchsbescheide und damit Reduzierung der aus Kundensicht erfolgreichen Klagen vor Gericht.“

Abstimmung: mit einer Enthaltung zugestimmt

Anschließend erfolgte die Abstimmung über den Beschlussvorschlag (einschließlich der zu diesem Tagesordnungspunkt vorgenommen Änderungen):

1. Das Jobcenter Wilhelmshaven wird ab 01.01.2011 gemeinsam mit den Trägern Stadt Wilhelmshaven und Agentur für Arbeit Wilhelmshaven als „Gemeinsame Einrichtung“ gemäß § 44 b SGB II weitergeführt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, auf der Grundlage des anliegenden Entwurfes (Verhandlungsstand: 20. Oktober 2010) eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Ausgestaltung und Organisation einer Gemeinsamen Einrichtung gemäß § 44 SGB II mit der Bundesagentur für Arbeit zu schließen.
3. Die Trägerversammlung des Job-Centers besteht aus 8 Mitgliedern. Die Stadt Wilhelmshaven entsendet davon 4 Mitglieder.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende Besuchsdienst Altenhilfe / Herr Fromm **185/2010**

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der VA beschließt die Annahme der Spende von Herrn Vizeadmiral a.D. Günter Fromm in Höhe von 250,00 € für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven.

5.2 Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende Besuchsdienst 197/2010
Altenhilfe / Frau Schulze

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der VA beschließt die Annahme der Spende von Frau Lieselotte Schulze, Harlinger Weg 12, Wilhelmshaven, in Höhe von 120,00 € für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Sachstand zum Senioren-Service-Büro

Herr Stoffers erläuterte kurz die Sachlage (sh. auch TOP 6.1 vom 14.09.2010/Nr. 6/2010).

Das Finanzierungsrisiko liege bei der Stadt. Man habe keine Garantie für eine Förderung nach einem Jahr und Mittelkürzungen seien nicht auszuschließen. Die Verwaltung möchte angesichts der finanziellen Gesamtsituation dieses Risiko nicht eingehen und macht deshalb den Vorschlag, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen.

Der Ausschuss nahm dies zustimmend zur Kenntnis.

6.2 Vergabe der Mittel der Käthe-Hauptmann-Stiftung (s. Anlage)

Beschluss: -einstimmig-

Die für eine Zuschussgewährung zur Verfügung stehenden Mittel aus der Käthe-Hauptmann-Stiftung in Höhe von 4.600,00 € werden wie folgt verteilt:

AWO-Krebsberatung	2.500,00 €
„Wegwarte“ – Lebenshilfe nach Krebs	1.800,00 €

Der verbleibende Rest in Höhe von 300,00 € wird in das nächste Jahr übertragen.

6.3 Produktberichte der Fachbereiche 50 und 53 nach dem Stand vom 31.10.2010 (s. Anlage)

Quartalsbericht Fachbereich Soziales

Herr Albers stellte die vier wichtigsten Produkte aus dem Bereich der Eingliederungshilfe vor und nannte die durchschnittliche Bandbreite der anfallenden Kosten:

Produktnummer 31.13.21: Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung

In diesem Bereich fielen folgende durchschnittliche monatliche Fallkosten an:

ambulante Hilfen:

Autistenambulanz = 700,- €, Integrationshelfer Schule= 1.400,- €

stationäre Hilfen:

Tagesbildungsstätte = 2.000,- €, Blindeninternat bis 9.000,- €

Produktnummer 31.13.41 Leistungen in anerkannten Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM)

In diesem Bereich fielen durchschnittliche monatliche Fallkosten von ca. 1.170,- € an.

Produktnummer 31.13.62: Heilpädagogische Leistungen für Kinder

Dazu zählten folgende Maßnahmen mit den durchschnittlichen monatlichen Fallkosten

Frühförderung	400,- €
Sprachheilkindergarten	2.000,- €
Integrationskindergarten	1.000,- €
Heilpädagogischer Kindergarten	2.000,- €

Produktnummer 31.13.62: Hilfen zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten

Überwiegend lebe der betroffene Personenkreis in stationären Einrichtungen. Die Kosten belaufen sich monatlich auf ca. 1.600,- € bis zu 6.000,- € (Taubblindenwerk).

Quartalsbericht Gesundheitsamt

Herr Dr. Rübsamen erklärte, dass in den beiden wesentlichen Produkten die Ziele erreicht werden.

9.1 Bürgerarbeit

Herr Möhle kritisierte eine Äußerung der SPD, die in der WZ erschien, wonach sich die SPD-Fraktion im Rat rühme, die Bürgerarbeit des Bundes nach Wilhelmshaven geholt zu haben. Herr Möhle betonte, dass man diese Maßnahme der Bundesregierung und nicht der SPD zu verdanken habe.

Herr Stoffers erklärte auf Nachfrage, er habe zur Einleitung in das Thema „Verbesserung der Integration von arbeitslosen Menschen“ in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 27.05.2010 unter Tagesordnungspunkt 4.2 zunächst auf die Anträge der SPD- und FDP-Fraktionen Bezug genommen, die der Rat einstimmig beschlossen hatte. Die Beschlüsse des Rates beinhalteten den Auftrag an die Verwaltung, ein Konzept für die

Beschäftigung von arbeitsmarktfähigen Langzeitarbeitslosen zu erarbeiten.

Die Verwaltung habe dann im Zuge der weiteren Überlegungen auf das von der Bundesregierung aufgelegte Projekt „Bürgerarbeit“ zurückgegriffen.

9.2 Einladung

Herr Stasch sprach den teilweise verspäteten Zugang der Einladung für die Ausschusssitzung an die Nichtratsmitglieder des Ausschusses an.

Einige Ausschussmitglieder wiesen darauf hin, dass die Einladung immer rechtzeitig im Netz abrufbar sei. Zumindest die Anlagen für den öffentlichen Teil der Sitzung seien dabei einsehbar.

Herr Stoffers erklärte, dass eine partielle Zugangsberechtigung für den nichtöffentlichen Teil der Einladung für die Nichtratsmitglieder wohl technisch nicht möglich sei.

Für die Nichtratsmitglieder soll eine Benachrichtigung per E-Mail in Erwägung gezogen werden.

9.3 Termine

Herr Sieberns verteilte die Weihnachtstermine der Altenhilfe (s. Anlage).

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:20 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in